

Detlef Hoffmann

„ETWA 12 TAGE AUTOPSIE“

Zu einem Gutachten Gert von der Ostens über die Lage der Hamburger Museen

Vorgeschichte

Die Lage der Hamburger Museen ist nicht rosig. Zum einen sind sie finanziell schlechter versorgt als die Museen anderer Großstädte. Zum anderen tun sie sich schwer, miteinander zurecht zu kommen, so dringt es zuweilen durch. Schließlich: mehrere Jahre hatte der Rechnungshof der Hansestadt bei der Revision Doppelankäufe bei den verschiedenen Museen festgestellt und vermutet, daß die Sammlungsgebiete nicht klar gegeneinander abgegrenzt seien. Es mußte etwas geschehen.

Im Jahre 1975 wurde der ehemalige Generaldirektor der Kölner Museen, Gert von der Osten, vom Präses der Hamburger Kulturbehörde beauftragt, ein Gutachten zur Lage der Hamburger Museen zu erstellen. In dem Auftrag sind die Forderungen an den Gutachter genau aufgeschlüsselt. Danach sollte untersucht werden, ob „die einzelnen Museen sich in ihren inhaltlichen Schwerpunkten und thematischen Komplexen an die Linie ihrer ... verbindlich gesetzten Aufgabenstellungen und Ziele halten“. Darüberhinaus sollten Neuorientierungen beschrieben werden. Im dritten Teil des Gutachtens ist eine „Analyse des Ist-Bildes“ gefordert, wie es im Vertrag heißt: „Kurz: ob das Institut unter den Forderungen einer zeitgemäßen Kulturarbeit in Hamburg eine in ihren Komplexen sinnvoll gefügte und leistungsfähige Einheit darstellt“. Zusätzlich sollte der Gutachter die konkreten, perspektivischen Möglichkeiten der Hamburger Museen entwickeln; es sollte versucht werden, „die Museen als ein Gesamtgefüge darzustellen ...“. Schließlich sollte ein „Verbundsystem“ bedacht werden, durch das die Museen in einen engeren Austausch treten könnten. Öffentlichkeitsarbeit und Personalstruktur galten als ebenfalls zu untersuchende Problemkreise. Abschließend war der Gutachter aufgefordert, Zielperspektiven zu entwickeln.

Kritik am Ansatz

Um es vorweg zu sagen: jeder Auftraggeber erhält das Gutachten, das er verdient. Wäre das Bundeskanzleramt nicht durch ein darauf spezialisiertes Institut, sondern aufgrund eines Gutachtens eines ehemaligen Bundeskanzlers reorganisiert worden, es wäre nicht umgebildet worden. Das gleiche gilt beispielsweise für die Krankenanstalten in Bethel bei Bielefeld: zu ihrer Reorganisation wurde nicht das Gutachten eines pensionierten Arztes angefordert. Ein darauf spezialisiertes Institut hat mit allen Beteiligten die Reorganisation ihres Arbeitsfeldes erarbeitet. Die Beispiele ließen sich vermehren.

In Hamburg scheint man wenig Vertrauen in die ortsansässigen Fachleute zu haben, obwohl im Museum für Hamburgische Geschichte ein Mitbestimmungsmodell in Kraft gesetzt wurde. Als es jedoch galt, den Direktor an diesem Museum neu zu bestimmen, traute man den Kollegen, die mitbestimmen sollten, das Bestimmen nicht zu. Einem Mitglied des Hauses zog man einen fachfremden Archäologen aus Köln in der Hoffnung vor, die Aura des Kölner Museumswunders nach Hamburg verpflan-

zen zu können. Kurzum: das Verfahren, per externem Gutachten Einsichten erhalten zu wollen, ist schon unter technokratischen Kriterien antiquiert.

Beschreibung des Gutachtens: Museumsgeschichte als Direktorengeschichte

Das Gutachten besteht aus sieben Abschnitten, einer Vorbemerkung und sechs Anlagen. Aufbau und Sprachduktus bewegen sich zwischen Feuilletonstil und administrativer Sprache. Die ersten beiden Abschnitte („Museen, zumal in Hamburg“) untersuchen die einzelnen Museen. Hier werden Vorschläge zur Abgrenzung der Sammelgebiete gemacht. Die nächsten beiden Abschnitte beziehen sich auf die innere Organisation; unter „zusätzliche zentrale Dienste der Museen“ wird dann auch die Museumspädagogik abgehandelt. Punkt fünf befaßt sich mit dem Haushalt und Punkt sechs mit der Verfassungsstruktur. Hier wird dann auch über Mitbestimmung gehandelt, besser: *nicht* gehandelt. In Punkt sieben „Die Bedeutung der Hamburger Museen“ holt der Gutachter zu dem Lob aus, daß Hamburg nach Berlin, München und Köln Platz vier in der Rangliste der Museumsstädte gebühre und dies auch deutlich werde, wenn sich der „Eigentümer“ seiner „heimlichen Herrlichkeiten“ mehr annehme. Denn Hamburg habe alle Voraussetzungen, „eine Museumsstadt von Welt-ruf“ zu werden.

Ich möchte hier nur auf die ersten beiden Punkte des „Gutachtens“ eingehen, da sie Hamburger Probleme betreffen. Die deprimierenden Vorstellungen des Gutachtens über Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere Museumspädagogik, sowie über die Mitbestimmung sollen später behandelt werden.

In der Vorbemerkung beschreibt der Gutachter zunächst die Veranlassung und die Materialgrundlage, auf der er aufbaut. „Dem Gutachter stand außer einer langjährigen Kenntnis der Hamburger Museen für seine Untersuchungen an Ort und Stelle nur die Zeit von etwa 12 Tagen Autopsie zur Verfügung.“ Außerdem stützte er sich auf Auskünfte der Behörden und Museumsfachleute.

Der Gutachter fährt fort, daß das Jahr 1975 ihn nicht dazu verleite, allzu „reform-optimistisch“ zu sein. Trotzdem müsse er Vorschläge unterbreiten, die Kosten verursachen. Über Reformen, die kein Geld kosten, aber höchst wirksam sein könnten, z.B. die Veränderung der Personalstruktur und die Verbesserung der Zusammenarbeit, wird nicht gehandelt.

„Der Museumsdirektor findet ein wesentliches Korrektiv im Historischen“, so beginnt der Gutachter einen wichtigen Abschnitt zur Sammlungsgeschichte, die ihm allerdings zur Direktorengeschichte gerinnt. „Die Vorgänger – es sind eine Vielzahl – haben die Sammlung geschaffen.“ Ihre Nachfolger haben „was den Ausbau angeht, daran anzuknüpfen . . .“ und neben der Ankaufspolitik – „im Zeitalter des Museums“ – auch die Verwertung des Besizes zu bedenken. Die Schausammlungen müßten „verlebendigt“, die Besucherzahlen jedoch nicht „um der puren Zahl willen“ erhöht werden. Zugleich sei „die Intensität des Besuchsergebnisses zu verstärken“.

Der Gutachter resümiert, daß er „das Schwer-Bewegliche des Museums überhaupt“ kenne und leitet aus der Tatsache der „Kostbarkeit“, „Verderblichkeit“, „Empfindlichkeit“, dem „Gewicht“ und der „Masse“ der Museumsgüter eine Strategie ab, die das gesamte Gutachten durchzieht: alle Negative werden auf unpersönliche Sachzwänge zurückgeführt, alle Positiva werden auf die Direktorenpersönlichkeiten konzentriert. Daß durch echte Kollegialität, Kooperation und gemeinsame inhaltliche

Ziele die sicher vorhandenen Sachzwänge eher in den Griff zu bekommen sind, als durch eine noch so bedeutende Persönlichkeit, steht in dem Gutachten nicht zur Debatte.

Der erste Hauptteil, in dem die Hamburger Museen im einzelnen behandelt werden, umfaßt 22 Schreibmaschinenseiten, die letzten zweieinhalb Seiten sind Empfehlungen (Überschrift: „Empfehlungen, erster Teil“), auf den ersten vier Seiten werden die Museen in ihrer Gesamtheit behandelt.

Der Gutachter stellt die Sammlungen als ein Stück Geschichte dar: Die Museen „sind in sich ein Stück Kulturgeschichte, Stadtgeschichte, Darstellung einer bedeutenden Gründerpersönlichkeit. Der gerade auch an Museen — nicht immer zu Recht — hafende Sinn für Tradition sträubt sich gegen Veränderung“. Eine Feststellung, die völlig naiv „Tradition“, also das Gefühl dafür, daß man in einem geschichtlichen Kontinuum steht, gleichsetzt mit Schwerfälligkeit. Wenigstens theoretisch müßte jedoch zugestanden werden, daß gerade die Geschichte lehrt, daß Veränderungen unerläßlich sind, und daß sich der Einzelne in Bezug zu diesen Veränderungen sehen muß. Der Redlichkeit halber hätte der Gutachter seinem statischen, veränderungs-scheuen Geschichtsbegriff einen veränderungsfreudigen, dynamischen gegenüberstellen müssen; das Gutachten diskutiert niemals die mögliche Alternative und verengt damit die Entscheidungsfreiheit der Auftraggeber, statt diese zu erweitern.

Das Bekenntnis zur interpretierenden Beschriftung

Nach den Vorbemerkungen geht das Gutachten dann auf das Hauptproblem ein — wie es sich dem Rechnungshof stellte —: die Abgrenzung der Sammeltätigkeit der einzelnen Museen. Es stellt fest, daß „die Beweglichkeit der Museen und ihr gesellschaftlicher Bezug“ nicht in „beliebigem Umtausch und Abgeben von Sammlungsstücken oder -teilen“ besteht, sondern „in der Auswahl des Schaugutes für die langfristige Ausstellung“. Wenn man aus diesen unpräzisen Andeutungen schließen könnte, der Gutachter setze sich für eine Entwicklung der Aufgabstellungen der Museen von der Ausstellungstätigkeit her ein, dann wäre ihm zuzustimmen. Leider werden im folgenden so viele unterschiedliche Tätigkeiten aneinandergereiht, daß man nicht mehr erkennen kann, welche Prioritäten der Gutachter setzt. „Die Mobilität der Museen“ liege im „Hereinnehmen und Hinausgeben selbstgeschaffener und auswärtiger Ausstellungen“, sie liege „in der Einwerbung von Leihgaben“ und „vornehmlich im Zukauf“. Schließlich wieder wie begonnen: „Die Beweglichkeit der Museen besteht, sollte bestehen, in der zeitgemäßen Repräsentation — für das Theater eine Selbstverständlichkeit — und vor allem in der Interpretation durch Beschriftung, Informationsblätter, mechanische und personelle Führungsmethoden (Audio- oder auch audiovisuelle Programme) Druckschriften usw.“. Armer Auftraggeber! Worauf kommt es nun an: Leihgaben oder Zukauf (letzteres war ja das Problem des Rechnungshofes), eigene oder fremde Wechselausstellungen, oder die neue Inszenierung der ständigen Sammlung? Immerhin ist der Rezensent erfreut, zwei Fakten durch dieses Gutachten eines dienstälteren Kollegen bestätigt zu bekommen: Beschriftungen im Museum sind notwendig. Bei Beschriftungen handelt es sich um „Interpretationen“. Eine „zeitgemäße Repräsentation“ ist der — wiederum oft durch Subjektivität, damit durch einen Standpunkt geprägten — Inszenierung des

Theaters vergleichbar. Die Auftraggeber sollten über diese eher nebenbei getroffene Aussage nicht hinweglesen. Sie ist von grundsätzlicher Bedeutung!

Der Objektbegriff des Gutachters

Im nächsten Passus definiert der Gutachter seinen Begriff vom Objekt: „... Das Museumsgut ist oft doppeldeutig, mehrdeutig, und macht in jedem Hause eine andere Aussage. An der Münze etwa hängt politische Geschichte – sie kann u.U. wirtschaftsgeschichtliche Aussagen machen –, sie ist meist ein Produkt des Kunsthandwerks und ist für sich selbst mitunter ein Kunstwerk“. Ein weiteres Zitat gehört in diesen Zusammenhang. Bei der Diskussion der Sammlungstätigkeit des Völkerkundemuseums heißt es: „Unter dem Aspekt des Völkerkundemuseums ist eine Buddhastatue in der Tat etwas ganz anderes als in einer Kunstsammlung. Es muß sich hier nicht um Doppelkäufe handeln, – sonst kämen wir zu einer Einebnung eines vielschichtigen Objekts, wie es ein religiöses Kult- und Kunstwerk ist ...“ Für den Gutachter stellt also das Sammlungsstück etwas „vielschichtiges“ dar. Bei einer gewissenhaften Interpretation kommen wirtschaftsgeschichtliche, kultgeschichtliche, kulturgeschichtliche, kunstgeschichtliche Aspekte genauso zum Vorschein, wie Gesichtspunkte der politischen Geschichte. Wenn man den Gutachter also richtig versteht, dann will er zum Ausdruck bringen, daß das Objekt einem vielschichtigen gesellschaftlichen Zusammenhang entstammt, von dem es anschaulich Kunde geben kann. Für diese Aussage des Gutachters kann man nur dankbar sein, wenn auch den Rezensenten ein Anflug von Enttäuschung ankommt, daß man diese Argumente nur in einem unveröffentlichten Gutachten lesen kann, sie jedoch in die öffentliche Diskussion nicht eingebracht wurden. Die Autorität des Gutachters hätte hier in manch hitziger Diskussion Klärung schaffen können.

Leider zieht der Gutachter nicht die logische Konsequenz aus seiner Erkenntnis. Nicht mehrfache Erwerbung ähnlicher Objekte für das, was man „Aspektmuseen“ nennen könnte, sollte die Folge sein, sondern die Erarbeitung aller Aspekte eines Objekts in einem Museum. Dies würde den lernenden Besucher nicht dazu verpflichten, um ein Objekt bzw. einen historischen Vorgang ganz zu begreifen, von einem Museum zum anderen zu wandern. Die Isolierung einer Aussage von den anderen möglichen kann diese eine Aussage falsch machen. Die Alternative scheint dem Gutachter trotz langer Museumstätigkeit nicht untergekommen zu sein: das Verbundmuseum. Nicht die Aufteilung der Aspekte auf verschiedene Museen ist die Lösung des Problems, sondern die Erarbeitung eines kultur- und (was immer vergessen wird) naturhistorischen Zusammenhangs ist die Lösung. Heimatmuseen waren schon immer solche, wo die Museumslandschaft eines bestimmten Bereiches aufgrund der Entwicklung der letzten hundertfünfzig Jahre schon ausdifferenziert ist. Es ist klar: man kann nicht für Hamburg ein riesiges Verbundmuseum empfehlen – wohl aber einen Museumsverbund, in dem die einzelnen Mitglieder ihre Aufgabenstellungen, das sind „Lernziele“, ausformulieren. Hier müßte ein Team seine Arbeit gemeinsam mit den Mitarbeitern der einzelnen Museen beginnen; „12 Tage Autopsie“ reichen dazu nicht aus.

Kommen wir auf unseren Ausgangspunkt, den Objektbegriff des Gutachters zurück: Aus den von ihm festgestellten vielfältigen Aspekten, die ein Objekt hat, zieht er

die Konsequenz, daß gewissermaßen jedem Aspekt ein Museum zugeordnet werden muß. Einen Austausch von Objekten schließt er nicht unbedingt aus, jedoch: „Hauptwerke gehören in jedem Fall ständig an ihren festen, wohlüberlegten und wohlbekannten Ort.“ Leider wird der Auftraggeber mit der sich aufdrängenden Frage, was nun die Hauptwerke — etwa eines zu schaffenden Naturkundemuseums — seien, allein gelassen. Stattdessen geht der Gutachter die sechs bestehenden Hamburger Museen durch und ordnet die Objekte nach einem inhaltlich nicht legitimierten Raster zu. Es kann nicht Aufgabe dieser Besprechung sein, dazu Gegenvorschläge zu machen; es dürfte wichtiger sein — auch für Leser jenseits der Hamburger Grenzen —, die neuralgischen Punkte des Gutachtens zusammenzustellen.

Die Kunsthalle oder die Spitze der Museumshierarchie.

Bei der Besprechung der Kunsthalle und ihrer Sammlungen macht sich besonders schmerzlich bemerkbar, daß der Gutachter über seine eigenen Begriffsdefinitionen keine Rechenschaft gibt. Er scheint von einer sehr festen Vorstellung darüber auszugehen, was Kunst und was angewandte Kunst seien, teilt dies aber nicht mit, obwohl er später eine weitere geheimnisvolle Unterscheidung zwischen „Künsten“ und „bildenden Künsten“ macht.

Der Gutachter schlägt vor, daß die Kunsthalle ihre antiken Münzen dem Museum für Kunst und Gewerbe übergibt, sowie die Medaillen und Plaketten vor 1800, „weil sie sich im Museum für Kunst und Gewerbe mit einer vergleichbaren Sammlung vereinigen“ würden. Diesem durchaus pragmatischen Argument wird nun ein prinzipielles nachgeschoben: „Münzen wie Medaillen sind ohnedies als Erzeugnisse einer mehr angewandten Kunst im Museum für Kunst und Gewerbe am richtigeren Platz“. Gegen das pragmatische Argument ist wenig einzuwenden. Was nun den „richtigen Platz“ betrifft: Münzen können wichtige Zeugnisse der Stadtgeschichte sein; in stadthistorischen Museen befinden sich deswegen zuweilen bedeutende Münzkabinette, so auch in Hamburg. Warum wird diese Frage überhaupt nicht erörtert? Daguerrotypen und alte Fotografien sollen von der Landesbildstelle dem Museum für Kunst und Gewerbe überlassen werden. Warum nicht? Fotoabteilungen befinden sich andernorts in Stadt- oder Landesgeschichtlichen Museen; die Daguerrotypen in Hamburg geben Stadtansichten wieder, warum diskutiert der Gutachter nicht eine Übergabe an das Stadtgeschichtliche Museum? Um es noch einmal zu wiederholen: es geht mir hier nicht darum, dazu Stellung zu nehmen, ob oder ob nicht die Fotografien ans Museum für Kunst und Gewerbe kommen; vielmehr geht es darum festzuhalten, daß in dem Gutachten die Nutzbarmachung der Museen für die Besucher nicht diskutiert wird, dafür festgestellt wird, es sei „sinnvoll“, daß „in einer neuen Bewertung der Fotografie als ‚Kunst‘“ die Fotografien ans Museum für Kunst und Gewerbe gelangt seien.

Das Museum für Kunst und Gewerbe oder die Folge des ahistorischen Kunstbegriffs

In der grafischen Sammlung dieses Museums möchte der Gutachter gerne „Ordnung zugunsten der Kunsthalle“ herstellen, „so schwer es sein mag, im Einzelfall zwischen freier und angewandter Kunst zu scheiden“. Aber auf das Problem kommt der Gutachter nicht zu sprechen: die Benutzer scheiden kaum zwischen „freier“ und „an-

gewandter“ Kunst, sie gehen in die Kunsthalle, wenn dort eine Ausstellung mit Arbeiten Caspar David Friedrichs gezeigt wird, sie gehen ins Museum für Kunst und Gewerbe, wenn dort die „wilden Leute des Mittelalters“ ausgestellt werden. Sie würden auch die Ausstellungen besuchen, wenn das jeweilig andere Institut sie veranstaltete. Kein Besucher wirft der Kunsthalle vor, daß sie unter Zeichnungen Philipp Otto Runge auch Spielkarten aufbewahrt, sicher Objekte, die stärker der angewandten Kunst zuzurechnen sind. Die sinnvolle Alternative zu der Beckmesserei ergibt sich aus inhaltlichen Konzeptionen: pragmatisch ist zu klären, welche Programme der Präsentation und der Wechsausstellungstätigkeit für die nächsten Jahre vorliegen. Hiernach sind Leihgaben zu genehmigen. Das gleiche gilt für den Ankauf. Es ist eine Bedarfsliste zu erstellen. Dann ist zu klären, für welche Tätigkeit Objekte gekauft werden sollen. Bei Überschneidungen klärt in letzter Instanz die aufsichtführende Behörde. Sie hat als Vertreterin der Öffentlichkeit zu entscheiden. Die Argumente, die ihr unterbreitet werden, müssen auch dem Laien verständlich sein. Es geht um Begründungen im Einzelfall, zu welchem Zweck die öffentliche Hand Geld ausgeben soll.

Je länger man im Gutachten liest, desto schmerzlicher fällt auf, daß der Gutachter nirgendwo Rechenschaft gibt, was er unter seinen vieldeutigen Schlüsselworten versteht: Was ist „Kunst“, was ist „Gesellschaft“, was ist „angewandte Kunst“? Schmerzlich ist auch, daß er nicht kritisch an das Thema geht, daß er nicht nach dem Sinn und Nutzen dessen fragt, was er beurteilt. Die Verteilung von Objekten auf ein Museum für Kunst und eines für Kunst und Gewerbe wird nicht weiter hinterfragt. Da er die Aufgabenstellungen beider Museen nicht kritisch mustert, kommt er auch zu keiner Neuformulierung.

Wohin nicht weiter hinterfragte Begriffe führen, zeigt der folgende Passus. Er ist symptomatisch und soll deswegen vollständig zitiert werden:

„Hierzu gehört selbstverständlich (d.i. die Plastik nach 1800, D.H.) auch die in der Kunsthalle ebenfalls gesammelte, neuerlich aber auch im Museum für Kunst und Gewerbe gesammelte kinetische Plastik. Das Argument, sie habe etwas mit dem Kunstgewerbe überhaupt eignenden ‚Spiel‘ zu tun, schlägt hier nicht durch. Denn alle Kunst ist Spiel in einem höheren Sinne; es gäbe keine Kunst ohne den homo ludens (Huizinga)“.

Die Begründung, daß Kunst Spiel sei, ist ein ehrenwertes Bekenntnis. Aber auch der Name Huizinga ändert nichts daran, daß dieses Bekenntnis nicht ohne weiteres dazu verwertet werden kann, klare Trennungslinien zu ziehen. Was würde der Gutachter sagen, wenn in dem gleichen Verfahren eine andere Position verkündet würde, der dann der Name Brecht in Klammern angefügt wäre? Der Gutachter arbeitet mit einem unhistorischen, überzeitlichen Kunstbegriff, er tut so, als wisse jeder zu allen Zeiten, was Kunst sei. Bei der „kinetischen Plastik“ hat er es aber mit einer besonderen historisch beschreibbaren Form von künstlerischer Kreativität zu tun, die seinen ahistorischen Kunstbegriff aufbricht. Was tut der Gutachter erst, wenn er mit seiner Methode „Antikunst“ zu verteilen hat?

Das Museum für Völkerkunde oder für jeden Aspekt ein Museum

Auch hier fällt der Gutachter mit seinem überzeitlichen Kunstbegriff auf die Nase. „Unter dem Aspekt des Völkerkundemuseums ist eine Buddhastatue in der Tat et-

was ganz anderes als in einer Kunstsammlung“, schreibt er. Einen Abschnitt später verlangt er – in einem noch zu zitierenden Zusammenhang – von einer Ausstellung „größtmögliche Objektivität“.

Wenn ich eine Buddhastatue als Denkmal asiatischer Kulturgeschichte befrage und mich dabei um „größtmögliche Objektivität“ bemühe, werde ich spät oder nie einen zeitlosen Kunstbegriff ins Spiel bringen können. Sehr engagiert nimmt der Gutachter dann zu einer im Aufbau befindlichen Ausstellung über die Sowjetunion Stellung. Hier fällt dann das Wort von der „größtmöglichen Objektivität“. Er geht dann in der Kritik an einer ihm vorliegenden Entwurfsskizze für die geplante Ausstellung ins Detail und stellt fest, daß es „nicht leicht“ sei, ein „Museum der Gegenwart“ aufzubauen. Wenn also der Gutachter sehr zu Recht erkennt, daß die Darstellung gegenwärtiger Zustände Konfliktfelder berührt, die uns alle betreffen, warum folgt er dann nicht konsequent, daß auch die Vergangenheit Konfliktstoffe birgt, die das Museum darzustellen habe. Warum wird er erst anhand einer geplanten Ausstellung über die Sowjetunion so pedantisch?

Das Museum für Hamburgische Geschichte oder der vergessene Besucher

Alle Hamburger Kinder gehen gern in dieses Museum, weil es dort eine Eisenbahn gibt. Von den vier althamburgischen Museen ist dies für Schulausflüge das beliebteste. Was Wunder. Obwohl die Eisenbahn ein Lieblingskind des gerade verabschiedeten Direktors war, geht der Gutachter hier von seinem Prinzip der „Direktorengeschichte“ ab und verbreitet sich ausführlich über ein Verkehrsmuseum. Daß ein Verkehrsmuseum erst deswegen im Museum für Hamburgische Geschichte entstanden ist, weil ausschließlich der Direktor für Gestaltung und Ankauf verantwortlich zeichnete, kann den Gutachter am Direktorialprinzip nicht irre werden lassen. Diese am Sammlungsauftrag vorbei gekaufte Sammlung soll nun in einen Wasserturm oder ein anderes „technisches Baudenkmal“ verbracht werden. Wie hatte der Gutachter zu Anfang geschrieben: „Mehrere Hamburger Museen sind als solche geistige Leistungen, die nicht nur im einzelnen Objekt, sondern als Ganzes Einheiten bilden. Man möchte sie nicht ohne Not verletzen, bescheidet sie nicht ohne Gefahr. Sie sind in sich ein Stück Kulturgeschichte, Stadtgeschichte, Darstellung einer bedeutenden Gründerpersönlichkeit“. Kein Museum ist so sehr Stadtgeschichte, wie das Museum für Hamburgische Geschichte, und kaum ein Museumsobjekt ist so allgemein bekannt bei der Hamburger Bevölkerung wie die Eisenbahn. Keine Veränderung in irgendeinem anderen Museum würde von der Bevölkerung mehr bemerkt werden, als die Exilierung der Eisenbahn.

Ich behandle dieses Beispiel nicht so ausführlich, weil ich eine Bürgerinitiative für die Erhaltung der Eisenbahnanlage im Museum für Hamburgische Geschichte ins Leben rufen möchte. Doch der Passus über die Eisenbahn ist symptomatisch dafür, wie fern vom Besucher, vom Hamburger Bürger, das Gutachten argumentiert.

Dem Gutachter ist durchaus zuzustimmen, wenn er bemängelt, daß die Gegenwartsgeschichte nicht vorkommt. Doch wenn er eine Dokumentation zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg vorschlägt – „ohne ‚Ideologie‘“ –, so ist ihm in Erinnerung zu rufen, daß auch das Kölner Stadtmuseum, über das er viele Jahre als Generaldirektor regierte, diesen Schritt ins 20. Jahrhundert nicht getan hat. Überhaupt gibt es erst wenige Stadtmuseen, die dieses Thema behandeln. Ich schreibe dies

nicht, um den Gutachter zu leimen. Nur: er müßte wissen, warum die Geschichte der Arbeiterbewegung bisher in Stadtmuseen nicht dokumentiert wurde; er müßte wissen, daß es der „Ideologie“ der „Gründerpersönlichkeiten“ und ihrer Nachfolger entsprach, Dokumente der Arbeiterbewegung nicht zu sammeln. Eine Analyse der „Ideologie“ der Sammlung sollte das Gutachten vornehmen, statt gleich mögliche Bearbeiter eines konfliktreichen Themas der „Ideologie“ zu verdächtigen. Aber der Gutachter geht weiter, er schreibt: „Museum der Gegenwart kann auch hier nicht heißen, die Zukunft ahnen oder sie gar mitformen zu wollen, vielmehr sollte es der sogenannten Zeitgeschichte, wo sie ersichtliche Ereignisse setzt, entschiedene Wendungen eingeht, auf dem Fuße folgen“ – und man möchte hinzufügen –, bis es wieder einmal zu spät ist. Hier ist der Gutachter ganz Partei: die Geschichte der Arbeiterbewegung soll deskriptiv behandelt werden, das bedeutet jedoch, daß der Bearbeiter die Ziele der Arbeiterbewegung außer Acht lassen muß. Denn wer die Ziele der Arbeiterbewegung am Erreichten, etwa in der Bundesrepublik und der DDR, gegenüberstellt, der kann dies nicht tun, ohne auch „die Zukunft“ zu „ahnen“. Die Auswahl der „ersichtlichen Ereignisse“ und der „entschiedenen Wendungen“ wird nie ohne einen eigenen Standpunkt erfolgen können. „Größtmögliche Objektivität“ kann nur erreicht werden, wenn der eigene Standpunkt öffentlich geklärt wird. Die Behauptung, man könne die Geschichte der Arbeiterbewegung dokumentieren und dabei darauf verzichten, die Gegenwart „mitformen“ zu wollen, läßt bei dem Gutachter einen konservativen Gesellschaftsbegriff erkennen. Er will mit seinem Gutachten seiner Vorstellung von Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen. Er will die Gegenwart „mitformen“, Warum sollen dies seine Kollegen nicht tun?

Das Helms-Museum (Harburg) – ein geheimes Verbundmuseum

Das Helms-Museum kann als Museum für Vor- und Frühgeschichte als das erste Hamburger Verbundmuseum für die Zeit bis ca. 800 angesprochen werden. Glücklicherweise wird bei unseren schriftlosen Altvorderen nicht zwischen Kunst und Kultur, zwischen Wirtschaftsgeschichte und politischer Geschichte geschieden. So gelingt es dem Helms-Museum, diese unterschiedlichen Aspekte zu entfalten. Das von dem Gutachter nicht erwähnte „Panorama der Jahrtausende“ ist ein bemerkenswerter Schritt in diese Richtung, ein Schritt, der auch ökologische Probleme der Gegenwart anschaulich macht und sich so nicht davor drückt, die Gegenwart „mitformen“ zu wollen.

Das Altonaer Museum in Hamburg – ein norddeutsches Landesmuseum mit dem „Knüller“ für jedermann

Bei dem zweiten Hamburger Verbundmuseum – dem einzigen mit einer zoologischen Abteilung – beginnt wieder das alte Spielchen: Gibst Du mir meine Hochkunst, kriegst Du Deine Volkskunst; gibst Du mir meine „freie“, geb ich Dir Deine „angewandte“ Kunst! Die reiche und sehr heterogene Sammlung wirft Probleme auf. Der Gutachter stellt fest, daß das Altonaer Museum „ein beliebtes Museum mit stark steigender Besucherzahl ist“. Statt nun danach zu fragen, warum dieses Museum so beliebt ist, und wie man diese Abstimmung mit den Füßen zu Erkenntnissen nutzen kann, wird dem Museum zugestanden, daß es auch „Knüller“ brauche, also nicht alle Kunst an die Kunsthalle abgegeben werden könne. Aber anhand dieses letz-

ten Museums wird auch die Hierarchie der Werte des Gutachters deutlich. Der bezeichnende Satz lautet: „Was die Überschneidungen mit der Kunsthalle angeht, so ist einzusehen, daß das Altonaer Museum in seinem Gemälde- und Graphikbestand auf Qualität nicht ganz verzichten kann. Auch es braucht „Knüller““. Von der Kunsthalle geht also ein Qualitätsgefälle über Kunst- und Gewerbe, Kulturgeschichte hin zur Volkskunst. Dieses Gefälle hat durch die Tätigkeit einiger Direktoren Ungradheiten bekommen; sie würden beseitigt, folgte man dem Gutachten. Es ist jedoch nicht einzusehen, warum ein Museum, das die Kulturtätigkeit der Hamburger Bürger dokumentiert, auf alle „Knüller“ verzichten soll. Wie stünden denn die Bürger da, wenn gerade die „Knüller“ (womit also Kunstwerke gemeint sind) aus ihrer Kulturgeschichte gelöst würden. Der Gutachter schlägt vor, daß der St. Martins-Pokal aus dem Besitz der St. Georgsbrüderschaft in Elbing „Nürnberger Meisterarbeit von 1606, trotz seiner Benutzung in Elbing dem Museum für Kunst und Gewerbe zu übergeben“ sei. Der Gutachter erörtert jedoch nicht, was für ein Bild niederdeutscher Kulturgeschichte anschaulich würde, wenn man die prächtigsten Leistungen etwa einer Brüderschaft ausklammerte.

Die naturwissenschaftliche Sammlung, so stellt der Gutachter fest, sei „ein Pfahl im Fleische des kulturhistorischen Museums“. Das Altonaer Museum sollte „auf lange Sicht planvoll davon befreit werden“. Warum eigentlich? Nur weil es keiner schafft, hier zu integrieren. Nein, denn im Gutachten heißt es: „Zwar ist die Geologie ästhetisch geschickt mit der Darstellung der Anfänge der Schifffahrt verbunden worden...“. Wie wäre es, wenn man diese Bereiche nicht nur ästhetisch, sondern auch inhaltlich miteinander verbinden würde? Es braucht doch nicht sehr viel Phantasie, um Fische rei und Fische miteinander zu verbinden; auch der Hausbau – im Altonaer Museum durch viele Modelle dokumentiert – hängt doch mit der Beschaffenheit der Landschaft zusammen. Das dialektische Verhältnis von Kulturtätigkeit und Natur könnte Thema nicht nur des Altonaer Museums werden. Vielleicht könnte Hamburg „eine Museumsstadt von Weltruf“ auch dadurch werden, daß man integriert statt dividiert. Hat der Gutachter das „Musée des Arts et des Traditions Populaires“ in Paris nicht gesehen, in dem wichtige Schritte in diese Richtung getan wurden? Warum berichtet er seinen Auftraggebern nicht über solche Möglichkeiten, damit sie frei – also in Kenntnis vieler Möglichkeiten – entscheiden können? Schließlich: Der Gutachter zeigt sich gern als Pragmatiker – warum empfiehlt er nicht die Integration als die viel preiswertere Lösung? Warum will er seinen Auftraggebern einen Museumsneubau anraten, wo in Altona oder vielleicht auch am Holstenwall inhaltliche Museumswunder erstehen könnten?

Zusammenfassung und Folgerungen

Zusammenfassend ist zu dem ersten Teil des Gutachtens festzustellen: Die Maßnahmen, die das Gutachten empfiehlt, wurden in einer anderen Großstadt, in Frankfurt, schon vor dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt. Sie haben die Frankfurter Museen nicht aus dem Schlaf geweckt. Erst eine neue, auf inhaltlichen Prioritäten fußende Kulturpolitik, hat in dieser Stadt die Museen wieder zu einer Stätte gemacht, die für die Bürger von Interesse ist. Eine pragmatische Lösung wird von den politisch Verantwortlichen initiiert werden müssen. Eine Aufforderung an die einzelnen Museen, mittelfristige Konzeptionen für Sammlungs- und Ausstellungstätigkeit zu entwickeln,

wird am Anfang stehen. Die vorgelegten Konzepte sind öffentlich zu diskutieren. Dabei können „Öffentlichkeit“ nicht nur diejenigen sein, die sich flugs dazu ernennen. Solche Konzeptionen müssen mit Lehrern, Mitarbeitern der Volkshochschule sowie anderen Institutionen der Erwachsenen- und Jugendbildung durchgesprochen werden. An dieser Diskussion sollten nicht nur die Direktoren beteiligt werden, wie dies der Gutachter immer wieder empfiehlt, sondern auch die anderen Mitarbeiter, die ja schließlich die Konzeptionen in die Tat umzusetzen haben. Wie immer in der Demokratie ist dies ein langwieriger, zeitraubender, ermüdender Prozeß. Einsame Beschlüsse gehen schneller, sie sind aber nicht unbedingt besser (Beispiel: Die einsame Umwandlung des Museums für Hamburgische Geschichte in ein Eisenbahnmuseum).

Ein wichtiger Kritikpunkt an dem Gutachten, läßt man sich erst einmal darauf ein, ist, daß es dem Auftraggeber die Entscheidungsmöglichkeiten vorenthält. Es fällt Entscheidungen, statt Möglichkeiten zu beschreiben. Das Beschreiben alternativer Möglichkeiten hindert den Gutachter nicht, für eine Möglichkeit zu argumentieren. Wer wollte darauf verzichten, seine „Gegenwart mitzuformen“.

Es wäre auch redlich gewesen, wenn den Auftraggebern kurze Informationen mitgegeben worden wären, wieweit die Forderungen an die Hamburger Museen in anderen „Museumsstädten von Weltruf“ erfüllt sind. Der Stand der Inventarisierung ist auch anderswo nicht rosig. Auch die Bedienung der Benutzer mit Fotos oder die Arbeit der Restaurierungswerkstätten läßt mancherorts zu wünschen übrig, der Gutachter weiß dies besser als der Rezensent. Wenn es woanders schlecht ist, braucht es ja noch lange nicht in Hamburg schlecht zu bleiben. Aber von einem Gutachten sollte man verlangen, daß es dem Auftraggeber die Relationen vermittelt.

Kein Gutachten kann den politisch Verantwortlichen die Entscheidung abnehmen. Sie werden nach den Interessen derjenigen zu entscheiden haben, von denen sie das Mandat erhielten. Schon vor einer Bedarfsanalyse kann man sicher sein, daß die Wünsche der Benutzer sich in dem vorliegenden Gutachten nicht niedergeschlagen haben. Wie das Kindergartenwesen, das Schulsystem, die Hochschule, die Berufsausbildung und viele andere kultur- und bildungspolitischen Bereiche, kann auch das Museumswesen nur reformiert werden, wenn klare Prioritäten gesetzt werden. Kurzfristige Museumswunder, ein bißchen Imagepflege, ein Chefdesigner und ein einheitlicher Briefkopf können eine klare inhaltliche Konzeption flankieren, aber nicht ersetzen.

Anhang

Die Redaktion erlaubt sich, ein Zitat aus einem Aufsatz der wohl bekanntesten Hamburger Direktorenpersönlichkeit (Alfred Lichtwark) anzufügen: „Auf Grund der bisherigen Erfahrungen muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß neben den Riesensammlungen in den Großstädten, die mehr für die Reisenden als für die Bewohner da sind, in jedem Stadtteil kleinere Museen entstehen möchten, die sich dem Leben enger anschließen als große, feierliche Sammlungen großer Reiche es vermögen. Diese kleinen Sammlungen könnten, von den Gemeinden und namentlich von Kunstfreunden gepflegt, sich mit anderen Anstalten vereinigen, die die Einwoh-

ner des Gemeinwesens zusammenzuführen imstande sind, dem Sportplatz, der Musikhalle, der Bibliothek. In diesem Zusammenhange könnten die Kunst- und Naturaliensammlungen eine Wirksamkeit ausüben, von der man sich beim heutigen Zustande der Museen, die immer noch *über* dem Leben stehen, nichts träumen läßt."

(aus: A. Lichtwark, Museumsbauten, in: ders., Eine Auswahl seiner Schriften, Berlin 1917, Bd. 2, S. 183 f; Hervorh. d. Red.)